

<b><u>Ausschuss:</u></b> Tagungs-Berichtsausschuss	<b><u>Berichterstattung:</u></b> Synodaler Breyer
<b><u>Vorlage:</u></b> Klimaschutz	

## **BESCHLUSSVORSCHLAG:**

1. Die Menschheit steht vor einer ihrer größten Herausforderungen: der Abwendung eines in seinen Auswirkungen katastrophalen Klimawandels. Bereits heute tötet der Klimawandel Menschen. Er löst Flüchtlingsbewegungen aus. Nachfolgenden Generationen wird eine zerstörte Natur hinterlassen. Klimaschutz ist somit weit mehr als nur die Lösung eines ökologischen Problems. Klimaschutz ist die Voraussetzung für faire Entwicklungschancen besonders für die Menschen des Südens und nachfolgende Generationen.

Aus diesen Gründen muss einer ambitionierten Klima- und Energiepolitik höchste Priorität eingeräumt werden. Die 15. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention, die vom 7. bis 18. Dezember 2009 in Kopenhagen stattfindet, ist eine der letzten Möglichkeiten, wirkungsvollen Klimaschutz dauerhaft völkerrechtlich zu verankern.

Obleich der Klimawandel dynamischer und in seinen Folgen schwerwiegender verläuft als noch vor kurzem angenommen, droht die Weltklimakonferenz von Kopenhagen – von Interessensblockaden gelähmt – zu scheitern. Damit würde die Staatengemeinschaft die Basis für gemeinsamen Klima- und Ressourcenschutz verlieren.

2. Die Landessynode bittet die Kirchenleitung, der großen Besorgnis unserer Kirche gegenüber der Bundesregierung Ausdruck zu verleihen, dass die Weltklimakonferenz von Kopenhagen scheitern könnte.

Die Landessynode bittet die Kirchenleitung, in einem Schreiben an die Bundesregierung nachdrücklich dafür einzutreten, dass Deutschland eine deutlich aktivere Führungsrolle in den Klimaverhandlungen einnimmt, um diese Konferenz zum Erfolg zu führen und zum Wendepunkt in der internationalen Klimapolitik zu machen.

Wir begrüßen die Teilnahme der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel an der Weltklimakonferenz. Dies wird der ernsten Problemlage gerecht.

Damit Deutschland auf dem Weltklimagipfel seine internationale Verantwortung angemessen einbringen und andere Staaten zu einem ebenso konsequenten Handeln ermutigen kann, sollte die Bundesregierung sich zu folgenden Zielen verpflichten:

- Deutschland muss sich Ziele zur Minderung der Treibhausgase setzen, die im Einklang mit den Erkenntnissen der Klimawissenschaft stehen und gleichzeitig den künftigen kohlenstoffarmen Entwicklungspfad vorgeben. Daraus folgt die Verpflichtung, die Kohlendioxid-Emissionen bis 2020 um 40% (gegenüber 1990) und bis 2050 um 80 bis 95% (gegenüber 1990) zu verringern. Angesichts der dramatischen Beschleunigung des Klimawandels seit dem letzten IPCC-Bericht sollte diese Emissionsreduktion vorrangig im eigenen Land erbracht werden und der internationale Handel mit Emissionsrechten (vor allem CDM) zusätzlich sein. Zu den Einzelheiten verweisen wir auf die entwicklungspolitische Klimaplattform der Kirchen „Klima der Gerechtigkeit“.

- Zusage einer angemessenen Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern und von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel in diesen Ländern.

Die Folgen des Klimawandels treffen vor allem die Entwicklungsländer und bürden ihnen hohe zusätzliche Kosten auf. Viele wissenschaftliche Studien nennen einen finanziellen Bedarf in dreistelliger Milliardenhöhe. Ohne entsprechende finanzielle Unterstützung, zu der die Hauptverursacher des Klimawandels nach dem Verursacherprinzip verpflichtet sind, droht das Scheitern der Klimaverhandlungen von Kopenhagen. Daraus folgt: Deutschland muss einen verlässlichen Beitrag zur Finanzierung von Maßnahmen des Klimaschutzes und von Anpassungsmaßnahmen in den Ländern des Südens leisten. Diese Mittel müssen zusätzlich zu den Mitteln der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance/ODA) bereitgestellt werden. Zu den Einzelheiten verweisen wir auf die entwicklungspolitische Plattform der Kirchen „Klima der Gerechtigkeit“.

3. Die Landessynode dankt den Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen der EKvW für die vielfältigen, erfolgreichen Initiativen, Klima- und Ressourcenschutz im eigenen Bereich voranzubringen. Nahezu 100 Kirchengemeinden haben das kirchliche Umweltmanagementsystem der „Grüne Hahn“ eingeführt. Zahlreiche Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen nehmen am Projekt für ökofaire Beschaffung „Zukunft-Einkaufen“ teil.

Die Landessynode fordert alle Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen auf, solchen Beispielen zu folgen. Dieses konkrete Engagement für Klima- und Ressourcenschutz stärkt uns, wenn wir uns heute in großer Sorge klimapolitisch zu Wort melden.

Die Landessynode bekräftigt ihren Beschluss von 2008, eine gesamtkirchliche integrierte Klimaschutzstrategie EKvW 2020 zu entwickeln und sukzessiv umzusetzen.

Die Landessynode fordert alle Kirchenmitglieder auf, an der Klimaschutzkampagne der europäischen Kirchen „Countdown to Copenhagen“ teilzunehmen.